

Rubriken:

- **Türkei – EU**
- **Muslimen in Deutschland**
- **Frankfurter Buchmesse**
- **Cem Özdemir – Landesparteitag der baden-württembergischen Grünen**

- **Rubrik: Türkei – EU**

- **Hürriyet, 14.10.2008, Seite 5:**

Yaşar Kemal: „Mittlerweile bin ich gegen eine Mitgliedschaft in der EU.“

Von Murat Tosun, Frankfurt

Die Hürriyet berichtet, dass der Schriftsteller Yaşar Kemal sich in einem Zeitungsinterview mit einer deutschen Zeitung gegen die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union geäußert habe (der Name der Zeitung wird nicht erwähnt, Anm. d. Verf.).

Kemal nimmt an der Frankfurter Buchmesse teil. Dieses Jahr ist die Türkei Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse. Das Blatt schreibt, dass der Schriftsteller keinen Sinn mehr in der Mitgliedschaft in der Europäischen Union sehe, da die EU selbst Enttäuschungen erlebe. Der Schriftsteller glaube nicht, dass die EU einen Beitrag zur Sicherung des Weltfriedens leisten könne. Im Interview kritisiert er die europäische Politik gegenüber Russland und erklärt, dass die EU sich nicht vom Kriegsgeschrei anderer großer Mächte unterscheide.

Im Bezug auf die Leistungen der AKP-Regierung in der Türkei äußert Kemal folgendes: „Den Begriff „gemäßigten Islam“ finde ich haarsträubend. Das ist eine amerikanische Erfindung. Es gibt keinen gemäßigten Islam. Konkreter ausgedrückt: Es gibt keinen gemäßigten Glauben. Entweder sie glauben an eine Religion oder sie glauben nicht daran.“ Yaşar Kemal kritisiert die Haltung der westlichen Beobachter und deren Unterstützung hinsichtlich der AKP: „Ich finde die Vorstellung, dass nur die AKP eine

gute Zukunft in der Türkei garantieren könnte sinnlos.“

Yaşar Kemal wünsche sich vom Westen, dass dieser die Nationalisten und Atatürk nicht vermengen dürfe: „Atatürk war zu seiner Zeit der größte Reformier, wohingegen die Nationalisten das größte Problem der modernen Türkei sind.“

Rubrik: Muslime in Deutschland

- **Zaman, 14.10.2008, Seite 4:**

Kommentar von Ismail Kul:

„Weshalb nahmen Köhler und Akgün nicht am Fasten brechen teil?“

In seinem Kommentar stellt Kul die Frage, weshalb die Islambeauftragten der SPD und der CDU an keinem einzigen Fasten brechen teilgenommen hätten? „Entweder sind die Islampolitiker der Parteien in Deutschland fehl am Platz oder die Namen, die sie als Vertreter in dieser Sache angeben sind falsch. Die Parteien CDU und SPD haben Islamsprecher. In der Regel sind die Sprecher Experten ihrer Gebiete. Aber sie beschränken sich nicht lediglich darauf, Fachexperten zu sein, sondern bilden Beziehungen zu Personenkreisen aus ihrem Fachgebiet.“

Kul weist darauf hin, dass weder Kristina Köhler von der CDU noch Lale Akgün von der SPD durch ihre Beziehungen mit den Gesprächspartnern aus ihrem Fachkreis „Ausrufezeichen gesetzt“ hätten. Eigentlich würden die Menschen jedoch das Gegenteil erwarten: Die Islamsprecher einer Partei sollten eine Brückenfunktion zwischen den Personen aus ihrem Fachkreis und ihrer Partei einnehmen. Während des Fastenmonats seien vielfältige Programme zum Fasten brechen veranstaltet worden. An diesen Veranstaltungen hätten Ministerpräsidenten, Minister und viele andere Personen aus der Politik teilgenommen, was die Menschen erfreute. Von den Islamsprechern der Parteien sei jedoch nichts vernommen worden: „An wie vielen Fasten brechen haben wohl Lale Akgün und Kristina Köhler teilgenommen? An welchem Fasten brechen hielten sie eine Rede vor allem welche Botschaft ihrer Parteien vermittelten sie?“ Kul schreibt, dass Politiker und Politikerinnen während ihrer Teilnahme am Fasten brechen ihre Botschaften auch an die Bevölkerung richteten: „Niemand erwartet von ihnen (den Islamexperten, Anm. d. Verf.), dass sie ihre kritische Einstellung und Meinung verändern, nur weil sie am Fasten brechen teilnehmen. Abgesehen davon: Wir müssen nicht dieselben Ansichten mit all den Menschen teilen, denen wir die Hand schütteln.“ Deshalb frage er nochmals, weshalb die Islamsprecherinnen der SPD und der CDU, Lale Akgün und Kristina Köhler, nicht an den Programmen zum

Abendessen im Ramadan teilgenommen hätten?

- **Zaman, 14.10.2008, Seite 5:**

„Die Willkür des Schulrektors über das Kopftuchverbot kam vom Ministerium zurück“

von Rüştem Yılmaz, Düsseldorf

Die Zaman berichtet über den Ausgang des Kopftuchverbotes für muslimische Schülerinnen an der Anne-Frank-Realschule in Düsseldorf: Der Direktor der Realschule, Bernd Hinke, habe auf der Internet-Seite der Schule den Elternbrief mit dem geplanten Verbot veröffentlicht. Demnach sollte weder im Unterricht noch zu anderen Zeiten in der Schule das Tragen des Kopftuches aus religiösen Gründen erlaubt sein. Die Zaman zitiert aus dem Brief wie folgt: „In dem Land in dem wir leben orientieren wir uns an christlichen und demokratischen Werten. Wir betrachten das Kopftuch als Symbol der Unterdrückung und der Ungleichbehandlung von Frauen. Folglich ist das Kopftuch weder mit den Werten in unserem Grundgesetz noch mit den Werten unseres Schulprogramms vereinbar. Aus diesem Grund ist das Tragen des Kopftuchs an unserer Schule unerwünscht.“

Das Kultusministerium in Nordrhein-Westfalen sei jedoch aufgrund der Beschwerden der Eltern der Schüler und Schülerinnen eingeschritten und habe erklärt, dass es kein Kopftuchverbot für muslimische Schülerinnen an Schulen in Nordrhein-Westfalen gebe. Die Zaman schreibt darüber hinaus, dass der Direktor der Schule den Brief an die Eltern von der homepage der Schule entfernt habe, da er unter anderem Unterstützung von Rechtsextremisten erhalten habe.

- **Zaman, 09.10.2008, S. 4:**

„Muslime haben das uneingeschränkte Recht in Deutschland Moscheen zu bauen“

Von Faruk Balci, Berlin

Anlässlich der Podiumsdiskussion in Berlin am 07.10. „Islam in Deutschland – Integration oder Konfrontation?“ schreibt die Zaman, dass der Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) während der Diskussion gefordert habe, Religionen zum einen nicht negativ darzustellen und zum anderen nicht als Begründung dazu missbraucht werden dürften, sich gegenseitig zu töten.

Schäuble erklärte während der Podiumsdiskussion darüber hinaus, dass die Ergebnisse der Versäumnisse in Bezug auf die Integration in Deutschland zum gegenwärtigen Zeitpunkt sichtbar würden: Vor allem junge Migranten würden sich ihrem Glauben stark zuwenden: „Wir dürfen den Glauben nicht als etwas Negatives präsentieren. Ich persönlich würde mir in Deutschland mehr gläubige Menschen wünschen. Nur, Religionen sind nicht dafür da, dass sich die Menschen gegenseitig umbringen.“ Die Zaman erwähnt darüber hinaus, dass Schäuble den Bau von Moscheen in Deutschland nicht an die Erlaubnis von Kirchenbauten in islamischen Ländern gekoppelt sehen möchte. Schäuble wünsche sich eine bessere Annäherung zwischen Deutschen und Muslimen und führte als Beispiel die von ihm initiierte Islamkonferenz an, bei der man hinsichtlich der Moscheebauten in Deutschland vor einer gemeinsamen Übereinkunft stünde.

Rubrik: Frankfurter Buchmesse

- **Hürriyet, 16.10.2008, S. 15**

„Briefwahlversprechen“

von Celal Özcan, Hasan Aycı, Tuncay Yıldırım, Frankfurt

Die Hürriyet berichtet über den Besuch des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül anlässlich der Frankfurter Buchmesse. Gül habe sich mit den Türkischen Vertretern der Zivilorganisationen getroffen. Während des Treffens habe er folgende Erklärung an die türkische Bevölkerung in Deutschland gerichtet: „Die in Europa lebenden Türken müssen sich in dem jeweiligen Land in dem sie leben, aktiv an der Politik beteiligen.“ Gegenüber den in Deutschland lebenden Türken erklärte der Abdullah Gül, dass er zwar Verständnis für die zögerliche Haltung hinsichtlich des Wechsels zur deutschen Staatsbürgerschaft habe. Dennoch müssten die Menschen begreifen, dass sie ein Teil des Landes seien und sich deshalb aktiv am Leben beteiligen müssten: „Ihr seid das Bindeglied zwischen der Türkei und Deutschland. Macht Euch in diesem Land sichtbar!“ Darüber hinaus habe er den in Europa lebenden Türken versprochen das Briefwahlrecht für die aktive und passive Wahl(en) in der Türkei versprochen. Zuvor sei der Beschluss für das Briefwahlrecht für die in Europa lebenden türkischen Staatsbürger vom türkischen Verfassungsgericht annulliert worden.

- **Hürriyet, 16.10.2008, S. 7**

„Die Türkei ist tatsächlich ein Labyrinth“

Kommentar von Mehmet Y. Yilmaz

Der Kommentar ist im Türkei-Teil der Hürriyet abgedruckt. Darin bezieht sich Yilmaz auf das Logo bezüglich der Türkei, die diesjähriger Ehrengast auf der Frankfurter Buchmesse ist. Das Logo zeige ein buntes Labyrinth, das wie ein Kreuzworträtsel gezeichnet wurde. Unter den vielen bunten Strichen sei der Begriff „Türkei“ zu erkennen:

„Wer auch immer dieses Logo verfasst hat, hat die Türkei sehr genau und schön beschrieben. Die Türkei ist ein Land mit bunten Atmosphären. Gleichzeitig ist es jedoch schwierig, aus diesen Atmosphären herauszukommen. An der Messe nehmen sehr viele türkische Verlage teil, die ihre Bücher und Autoren vorstellen. Sie können es sich leicht denken und vorstellen: Auf der einen Seite stellen sich die „Linken“ vor und auf der anderen Seite die „Rechten“ – sprich, der Künstler des Labyrinths hat sich nicht geirrt.

Ich persönlich wünsche mir, dass diese Messe zu einem Wendepunkt für die Autoren aus der Türkei sein wird, die sich der ganzen Welt bekannt machen möchten.“

Rubrik: Cem Özdemir – Landesparteitag der Grünen in Schwäbisch Gmünd

Die im newsletter erscheinenden türkischsprachigen Zeitungen berichteten ausführlich und in größerer Aufmachung über die gescheiterte Bewerbung von Cem Özdemir um ein Bundestagsmandat während des Landesparteitags in Schwäbisch Gmünd am 12.10.2008. Aus strukturellen Gründen können die Berichte in diesem newsletter nicht komplett wiedergegeben werden. Deshalb werden Teile aus dem Kommentar des Chefredakteurs der Europaausgabe der Sabah, Mikdat Karaalioğlu, stellvertretend für die Berichterstattung über den Wahlausgang Özdemirs wiedergegeben.

„Eine politische Hinrichtung“

Kommentar von Mikdat Karaalioğlu, 13.10.2008, S. 13

„Die Grünen haben sowohl für sich als auch für Deutschland und für die Migranten eine historische Chance verpasst. Auf dem Landesparteitag in Baden-Württemberg konnte man Zeuge eines politischen Verrats werden. Jeder, der nur etwas von Politik versteht, wird die Ausrede über die Trennung von Bundestagsmandat und dem Parteivorsitz als Affront durchschauen. Die „Dinosaurier“ der Grünen-Partei fühlten sich offensichtlich durch den neuen Wind, den Özdemir in die Partei bringen würde, sichtlich gestört. Die Grünen haben somit sich selbst geschadet. Eine Partei, die der Auffassung ist, einen Vorsitzenden mit Migrationshintergrund nicht ertragen zu können, gleichzeitig jedoch den Begriff der Multikulturalität als erste Partei verwendete und prägte, wird sich tief in die Erinnerungen eingraben.“

Den erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff